

# Beiförderungszeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Weltliche Zeitung des Bezirks

Beungspreis: Viertheilblatt 10 Pf. ohne Zeugnisse. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeinbedarfs-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umwaltungsmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die jedocheipale Volkszeitung 10 Pf. außerhalb der Hauptstadt 12 Pf. im amtlichen Zeit (nur von Beobachter) die Seite 200 Pf. — Giegenkunst und Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 288

Sonnabend den 10. Dezember 1921

87. Jahrgang

### Offizielle Sitzung des Schulausschusses zu Dippoldiswalde

am 8. Dezember 1921.

Anwesend die Herren Bürgermeister Herrmann, Stadtrat Halm, Stadtverordneter Schumann, Stadtverordneter Heeger, Schulleiter Schmidt, Lehrer Gass, Lehrer Grüner, Schularzt Dr. Voigt, später Stadtverordneter Heinrich.

Die Sitzung beginnt nach einem akademischen Viertel 8.20 Uhr. Zunächst wird nachträglich der Überlassung von Lehrzimmern für die Bücherausstellung zugestimmt, die die Lehrerkollegen der Bürger- und der Handels- und Gewerbeschule veranstalten.

Unter Genehmigung eines Gesuches lebt man den Stundenlohn für die Lehrerinnen auf 2,50 M. fest, wodurch die wöchentliche Ausgabe hierfür von 54 auf 90 M. steigt.

Weiter wird Kenntnis genommen von der Versäumnisliste. Hierbei wird von der Schulleitung bemängelt, daß neuerdings auf Versäumnisse der Kinder eingehende Rückfragen an die Eltern von Lehrern nicht beantwortet werden.

Zum Vortrag gelangt die bereits in der Stadtverordnetensitzung behandelte Eingabe des Elternrats, die als durch Beschlüsse der städtischen Kollegen in der Hauptstube überholt erklärt wird, sodass eine trocken geplagte längere Aussprache Beschlüsse nicht zur Folge hatte.

Da ab Ostern eine weitere Klasse in der B-Abteilung einsetzt, hält man die Anstellung einer weiteren Lehrkraft für nötig. Da aber in den nächsten Jahren mit einer Verminderung der Kinderzahl zu rechnen ist, entschließt man sich nur zu einer Hilfskraft. Von der Lehrerschaft war ein Fachlehrer für Französisch erbeten worden. Auch zu dieser Sache entspinnt sich eine längere Aussprache, in der die Raumfrage und die von den städtischen Kollegen beschlossene Einziehung der dritten Hilfsklasse eine besondere Rolle spielen. Durch die Aufhebung der dritten Hilfsklasse werden 20 Lehrstunden frei. Von der Kochlehrerin können ebenfalls eine Anzahl Stunden — wohl 16 — übernommen werden. Damit wären eigentlich die Stunden der neuen B-Klasse gedeckt und der neue Lehrer überflüssig. Sonstige Änderungen, die eine größere Zahl Lehrerstunden beanspruchen, müßten denn dem Berichterstatter in der Debatte, die allerdings ziemlich pianos durchmäandert, entgangen sein.)

### Deutschliches und Sachsisches.

**Dippoldiswalde.** Im Reichskronensaale veranstaltete am Donnerstag Abend Fräulein Zidler, Solotänzerin an der Staatsoper, einen Tanzabend und hatte dafür regen Zuspruch gefunden. Der Saal war gut besetzt, besser, als man erwarten konnte, jetzt, wo ein Vergnügen das andere jagt, eine Veranstaltung der andern folgt. Mitwirkende waren die Fräuleins Gräßner und Ellenla vom Opernballett. Herr Kapellmeister Schüre war am Klavier und zeigte sich als wirklicher Meister. Seinen reinen, vollen Tönen pochten sich die Tänzerinnen aufs Beste an, sie gaben ihnen Gestalt, Leben, Verkörperung. Von diesem Punkte aus betrachtet, wirkten ein Adagio und ein Indischer Tanz von Fräulein Zidler, ein Spinetanz von Fräulein Gräßner ganz besonders schön und auch der Schluss des ersten Teiles, eine Harfenmelodie, gelangt von Fräulein Zidler, gab der lebendigen, frischen Musik schönste Gestaltung. Ein Menuett und ein holländischer Tanz, nicht minder eine japanische Groteske, erstere in Rosotto, letztere in Nationalkostüm gelangt, versetzten die Besucher in den Geschmack ihrer Zeit, oder ihrer Nationalität und wurden mit gleicher Schönheit und Grazie gelangt, wie die übrigen Nummern. Das Publikum nahm jede Nummer dankbar auf und forderte mehrfache Wiederholung. Ball schloß sich an. Wie wir hören, ist für März ein zweiter solcher Tanzabend in Aussicht genommen.

— Am 29. Januar nächsten Jahres wird die Gesellschaft „Erholung“ einen öffentlichen Theaterabend veranstalten, von dem die Hälfte des Reinertrags für arme Konfirmanden bestimmt ist. Auffgeführt wird der Bierakter „Die Waffen nieder“ von Bertha v. Suttner. Die „Erholung“, die sich in den letzten Jahren wiederholt in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und ihr manch Schönes und Nutzbringendes geboten hat, wird auch sicher mit dieser Veranstaltung Anlang finden.

— Wie wir hören, werden am morgigen Sonnabend und nächsten Sonntag die letzten Arbeiten an der neuen Leitung der elektrischen Stromzuführung vorgenommen, sodass sie dann in Betrieb genommen und mit sicherer Stromversorgung unserer Stadt gerechnet werden kann. Aus ersterem Grunde dürfte Sonnabend nachmittag zeitweise der Strom abgeschalten werden.

Verbot der Nebenbeschäftigung der Staatsbeamten und Lehrer. Das Personalamt des sächsischen Ministeriums des Innern weist die Staatsbeamten und Lehrer in öffentlichen Schulen erneut darauf hin, daß sie zur Vermeldung dienstlicher Bestrafung in keinem Falle eine Nebenbeschäftigung oder gewerbliche Tätigkeit, zu deren Ausübung sie nach gesetzlicher Vorschrift die Genehmigung ihrer Dienst- oder Anstellungsbehörde einzuholen haben, ohne diese Genehmigung beginnen dürfen. Die Genehmigung wird, der bisherigen Uebung entsprechend auch dann, wenn eine Schädigung frei erwerbstätiger Personen hieron nicht zu befürchten wäre, nur beim Vorliegen besonderer Gründe erteilt werden.

Obercaldorf. Am nächsten Sonntag wird der heisige Turnverein (O. L.), der es trotz der schwierigen Verhältnisse gewagt hat, in der Nähe der Schule eine Turnhalle zu erbauen, zum Besten dieses Baues einen Unterhaltungsabend veranstalten. Hierzu haben sich viele namhafte Kräfte zur Verfügung gestellt, sodass mit einem Wohlgelingen der Veranstaltung gerechnet werden darf. Das Programm sieht außer turnerischen Vorführungen ein Männer-, gefolzt von 8 Damen, und ein Singspiel „Der Wilderer“ vor. Das Stück hat einen hässlichen Inhalt, die Gesangsstücke sind in besten Händen. Etwas ganz besonderes wird der zweite Teil mit seinen lebenden Bildern bieten. Unter diesen werden „ein chinesisches Strafzenbild“, „ein japanisches Teehaus“ und der „indische Tempeltanz“ von ganz besonderer Wirkung sein. Zur Ausstattung werden echte Kostüme usw. Verwendung finden, die von befreundeten Seiten geliehen wurden. Alles in allem kann der Besuch dieser Veranstaltung nur empfohlen werden. Am Dienstag, 13. Dezember, wird eine Wiederholung stattfinden.

**Schellerhau.** Herr Pfarrer Gilbert hielt im „Margarethe-Cronau-Heim“ am 2. Adventssonntag eine besonders zahlreich besuchte Adventseier für die Kinder von Schellerhau und Umgegend. Die Leitung des „Margarethe-Cronau-Heims“, welches es sich zur Aufgabe gestellt hat, erholungsbedürftigen Kindern einen Aufenthalt im Gebirge zu ermöglichen, hatte auch an diesem Tage dem Wunsche, Freude in Kinderherzen zu zaubern, Ausdruck verliehen, indem sie Herrn Pfarrer Gilbert mit der Rinderschar seiner Gemeinde eingeladen hatte. Um 4 Uhr traf der stattliche Zug von 84 Kindern im Heim an. Mit freudestrahlenden Gesichtern betraten die Kinder den Tannengrün, Adventsstern und Weihnachtsglöckchen feierlich geschmückten Saal. Die Kinder, die zum Teil einen sehr weiten Weg in der Winterkälte zurückgelegt hatten, durften sich erst an Schokolade und Ruchen gütlich tun. Nach wohlgelegten musikalischen und deklamatorischen Darbietungen der Jugend vom „Margarethe-Cronau-Heim“ eröffneten Schellerhauer Kinder die Adventseier mit der frisch gejungenen 3-stimmigen Motette „Durch die Welt erschallt und geh’ Hosanna in der Höhe“ unter Leitung des Herrn Kantor Schmidt. Von weiteren weihnachtlichen Gesängen umrahmt, hielt Herr Pfarrer Gilbert eine Ratefeier. Er wies auf den Sinn des Weihnachtstages hin. Munter lärmten die Antworten auf seine Fragen und die Kinder zeigten reges Interesse an seinen Aufführungen. Die weihvolle Stunde im „Margarethe-Cronau-Heim“ wird den Kindern eine schöne und legenreiche Erinnerung zielgebend bleiben.

Dresden. Der Landtag genehmigte am Donnerstag einen Gesetzentwurf, betraf Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten. Die Aufwandsentschädigung für in Dresden wohnhafte Landtagsabgeordnete wurde auf 2000 Mark, diejenige für außerhalb Dresdens wohnhafte Abgeordnete auf 2500 M. monatlich festgelegt. Zwei Minderheitsanträge, die eine Erhöhung auf 2500 bzw. 3000 M. verlangten, wurden abgelehnt. Der Punkt 2 der Tagesordnung, Befreiung des Mädchenhandels, wurde von der Tagesordnung abgesetzt, um dem Prüfungsausschuss zu weiteren Untersuchung Gelegenheit zu geben. Es folgte eine Anfrage Grellmann (Dnkt.). Abbau der Lehrerseminare betrifft. Minister Fleßner antwortete, daß dem Landtage demnächst ein Gesetz über die künftige Gestaltung der Lehrerbildung vorgelegt wird. Sollte sich die reichsgesetzliche Regelung dieser Frage hinausschieben, so würde die Regierung mit Zustimmung des Hauses, unbeschadet späterer Reichsentcheidung, mit der Umwandlung der Lehrerbildung beginnen.

Der deutschationale Abgeordnete Börner trat gegen den Abbau der Seminare auf und betonte, daß dem Volke damit unermesslicher Schaden zugefügt würde. Die sächsischen Seminare seien vorbildlich gewesen. Eine Anfrage des Abg. Dr. Herrmann und Genossen (D. V.), die vom Unterrichts- und Wirtschaftsministerium festgesetzten Sätze für dauernde Über- und Nebenunterrichtsstunden betreffend, wird von

einem Regierungsvertreter dahin beantwortet, daß die Regierung der wirtschaftlichen Lage Rechnung trage und die Sätze in einer in den nächsten Tagen stattfindenden Sitzung den Zeitverhältnissen entsprechend erhöhen werde. — Die nächste Sitzung findet am Freitag vormittag 1/2 10 Uhr statt.

— Das sächsische Kultusministerium hat angeordnet, daß von den alten Aktenstücken bis zum Jahre 1873, die vernichtet, den Behörden oder Privatpersonen zurückgegeben werden, die alten Briefmarken herausgeschnitten und dem Ministerium eingefordert werden sollen, das sie verkaufen will. Am gleichen Tage, an dem diese Sparmaßnahmen veröffentlicht wurde, beschloß der Landtag eine Erhöhung seiner Tagessätze um etwa 100% gemäß den Vorschlägen der Regierung.

**Röhrsdorf.** In der Sitzung des Wahlausschusses ist festgestellt worden, daß sich das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl zugunsten der bürgerlichen Einheitsliste verschiebt. Letzter sind 10 Stimme und den sozialdemokratischen Parteien 8 Stimme zugesprochen worden.

**Döbeln.** Eine unangenehme Weihnachtsüberraschung wurde dem Inhaber der Firma Schuh-Grimmel hier am Obermarkt zuteil. Als er mittags in die Wohnung im 1. Obergeschoss kam, fand er, daß seine Geldkassette mit 10000 M. Inhalt und mit Sicherungspapieren gestohlen war. Der Dieb hatte die Wohnung aufgeschlossen. Möglicherweise war der Dieb eine gutgeleidete Frauensperson, die in dem Hause gesehen worden ist, in keiner Wohnung aber zu tun gehabt hat.

**Mittweida.** In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurden einige weittragende Beschlüsse gefasst. Zunächst gab man einer neuen Lustbarkeits- bzw. Eintrittskartensteuer-Ordnung mit erhöhten Sätzen seine Zustimmung. Heftig umstritten wurde die neu vorgeschlagene Erhebung einer Nacht- und Mietwertssteuer nach dem Chemnitzer Muster, nur mit dem Unterschied, daß hier noch höhere Sätze vorgesehen sind. Die Steuer wird auch von gewerblichen Räumen erhoben und hat rückwirks Kraft ab 1. April d. J. Schließlich beschloß man noch die Erhebung einer Fremdensteuer, deren Ertrag mit 350 000 bis 400 000 M. errechnet ist.

**Krögis.** In der Nacht zum Mittwoch wurden auf dem Erbgericht 8 Gänse, 8 Truthähne und 3 Hühner mittels schweren Einbrücks gestohlen. Die Gänse sind an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. Die Täter hatten drei schwere Vorlegeschlösser gewaltsam erbrochen. Um sich Eingang in das Gehöft zu schaffen, hassen die Einbrecher aus dem Eingangstor drei Breiter herausgewuchst.

**Schma.** Anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Firma Fr. Küttner schenkte Fabrikbesitzer Hugo Küttner in Pirna zur bleibenden Erinnerung unserer Gemeinde ein Kinder- und Altersheim (Küttnerstiftung), bestehend aus einem Grundstück nebst Inneneinrichtung.

**Treuen.** Als am Dienstag vormittag ein mit zwei Personen besetztes Auto aus der Richtung von Lengenfeld her bei Pehlers Fabrik angekommen war, erklang plötzlich ein scharfer Knall aus dem Gefährt, und sofort schoß eine mächtige Flamme empor. Der Führer konnte den Wagen gerade noch zum Stehen und sich mit dem Besitzer unverletzt in Sicherheit bringen. Der Wagen aber verbrannte vollständig. Wie mitgeteilt wird, soll in dem vom Besitzer und Führer besetzten, aus Leipzig kommenden Gefährt ein Ballon mit explosionsgefährlichem Brennstoff transportiert worden sein, der das Unglück verursacht hat.

**Zwickau.** Die Straßenbeleuchtung soll nach einem Beschluss des Gesamtrats in der Weise verbessert werden, daß an Stelle der jetzt brennenden 347 Leuchtmitteln häufig gegen 500 Leuchtmitteln gebrannt werden.

**Zwickau.** Wegen der von den Gewerkschaften mittels sogenannter Kontrollzettel ausgelösten Kontrolle der Gewerkschaftsmitglieder bei den Stadtverordneten-Wahlen haben Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei die Gültigkeit der Wahlen durch Wahlprotest angefochten.

**Grimma.** Der Kirchenvorstand zu Grimma hat beschlossen, zur Beschaffung von weiteren Betriebsmitteln eine freiwillige Kirchensteuer auf 1921 zu erheben, die bei der endgültigen Regulierung in Abrechnung gebracht werden soll. Auch will man an die jetzt kirchenfeuerfreien Körperschaften mit der Bitte um Abschaffung einer freiwilligen Kirchensteuer herantreten.

**Bischofsgrün.** Ein allgemein interessanter Prozeß steht hier in Aussicht. Die städtischen Kollegen beschlossen, das Reichspostministerium zu verklagen zwecks Auflösung des seinerzeit mit der Stadt abgeschlossenen Mietvertrages, der noch bis 1933 läuft. Dieser Vertrag sieht eine Jahresmiete von 5400 M. für das der Stadt gehörige Postamt

vor, sowie die Bestimmungen, daß der Fiskus alle Reparaturen, auch wenn sich der Stadtrat nicht von deren Notwendigkeit überzeugt, ausführen und die Beiträge von der Miete kürzen kann. Außerdem kann das Ministerium das Grundstück jederzeit für 86 600 M. kaufen. Weiter betragen die jährlichen Strafeneinigungskosten durch die Stadt 1200 Mark, auch wird keine Grundsteuer vom Postamt erhoben. Da nun die Mieteinnahmen die Ausgaben nicht decken und in den letzten vier Jahren 8000 M. städtischer Aufschub nötig war, steigerte die Stadt das Ministerium um 2400 M. jährlich, was dieses jedoch zurückwies, so daß die Stadt nun mehr den Klageweg beschreiten wird. Der Prozeß dürfte für alle Städte Bedeutung haben, die sich in ähnlicher Lage befinden.

**Zittau.** Gegen die Einführung einer Schlemmersteuer, die im Stadtverordneten-Kollegium angeregt worden war, hat sich Oberbürgermeister Dr. Küll ausgesprochen. Gegenüber anderen Städten besteht in Zittau noch ein sehr solides Leben. Er habe noch nicht beobachten können, daß in diesen öffentlichen Lokalen besonders „stott“ gelebt werde. Man solle wenigstens erst die Entwicklung der Dinge in Berlin abwarten, wo man jetzt daran sei, ein solches Ortsgefecht zu schaffen. Ein Überbreiten der Polizeistunde zu besteuern, hält Dr. Küll für unsitlich, da diese doch da sei, damit sie nicht überschritten werden.

## Loucheur in London.

**Englisch-französische Reparationsverhandlungen.**

Auf eine Einladung der englischen Regierung hat sich der französische Wiederaufbauminister Loucheur nach London begeben, um mit dem Schatzkanzler Horne über die Frage der Reparation zu sprechen. Der Minister wird begleitet von mehreren Sachverständigen, die an den Verhandlungen über die deutsche Kriegsschuld teilgenommen haben. Als Gegenstand der Besprechung werden im „Tempo“ genannt: das Wiesbadener Abkommen, die nächsten deutschen Zahlungen, die Möglichkeit eines Ausschubs für die Barzahlungen. Loucheur, heißt es, soll mit den Mitgliedern des englischen Kabinetts einen ersten Meinungsaustausch haben, der wahrscheinlich die Vorbereitung zu einer Konferenz der Verbündeten sein werde.

**Besprechungen mit Rathenau.**

Vor seiner Abreise aus Paris erklärte Loucheur, er reise nach England hauptsächlich, um die Frage des Wiesbadener Abkommen mit den englischen Nachministern zu besprechen. Es sei aber wahrscheinlich, daß er im Laufe seiner Anwesenheit auch mit Dr. Rathenau zusammenkommen werde. Er sei überzeugt, daß aus seinen Besprechungen eine Lage hervorgehen werde, die zu einem Einverständnis zwischen England und Frankreich über die Fragen führen werde, die augenblicklich zur Debatte stehen.

Das neutrale Büro erfährt, daß bisher keine Entscheidung vom Finanzausschuss des Kabinetts über die deutschen Reparationen erreicht worden ist. Eine weitere Zusammensetzung, deren Zeitpunkt noch nicht festgesetzt ist, wird stattfinden. Loucheur wird mit Horne über die Frage der deutschen Reparationen im allgemeinen und im besonderen über die leichten Erörterungen zwischen den britischen Behörden und den deutschen Vertretern in London sprechen.

**Konferenzen Briands über Deutschland.**

Wie der „Intransigeant“ meldet, hat Ministerpräsident Briand außer dem Minister Loucheur den Botschafter Laurent und den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois empfangen und mit ihnen des längeren über die Finanzlage Deutschlands gesprochen.

**Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer,** hat sich nach Berlin begeben.

## Die Option in Neupolen.

**Ein Erfolg der Reichsregierung.**

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist es trotz anhaltender deutscher Bemühungen nicht möglich gewesen, mit der polnischen Regierung ein Abkommen über die Durchführung des Artikels 91 des Vertrages von Versailles zu schließen. Mit Rücksicht auf die am 10. Januar 1922 endende Optionsfrist hat die Deutsche Regierung nunmehr ihrerseits die nötigen Ausführungsbestimmungen erlassen. Sie werden im nächsten Reichsgesetzblatt erscheinen (für das oberschlesische Abstimmungsgebiet, für das die Optionsfrist noch nicht reicht, werden besondere Bestimmungen in den jeweils beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen getroffen werden).

Durchdringend erhalten die ehemaligen deutschen Reichsangehörigen, welche durch den Vertrag von Versailles die polnische Staatsangehörigkeit entworben und die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben, die Möglichkeit, durch Abgabe einer nach deutschem Recht wirksamen Optionserklärung für Deutschland die deutsche Reichsangehörigkeit wieder zu erlangen; es sind dies alle Personen (auch die Beamten), welche am 10. Januar 1920 als deutsche Reichsangehörige innerhalb des jetzigen polnischen Staates ihren Wohnsitz hatten und dort bereits vor dem 2. Januar 1908 ansässig waren. Unterbrochener Wohnsitz in Polen während der Zeit vom 2. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 ist nicht erforderlich. Wer sowohl in Polen als auch außerhalb Polens seinen Wohnsitz hatte, ist gleichfalls optionsberechtigt. Unfreiwillige Aufgabe des Wohnsitzes in Polen nach dem 9. November 1918 infolge einer aus Verlassen des Landes gerichteten Anordnung von Stellen, die amtliche Tätigkeit ausgeübt haben, infolge Gewalt oder Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben bleibt außer Betracht. In diesen Fällen ist es so anzusehen, als ob die in Frage kommenden Personen am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Polen noch gehabt haben. Ebenso werden die deutschen Reichsangehörigen polnischen Stammes und polnischer Muttersprache (Polen deutscher Reichsangehörigkeit), welche am 10. Ja-

nuar 1920 ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, in die Lage versetzt, für Polen zu optieren.

Die Optionserklärung kann in einem, wie im anderen Falle zu Protokoll oder in schriftlicher Form innerhalb Deutschlands vor den höheren Bevollungsbehörden (in Preußen vor den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidium in Berlin), im Ausland vor den amtlichen deutschen Vertretungen abgegeben werden. Die Unterschrift unter der schriftlichen Optionserklärung muß im Innern durch die Ortspolizeibehörde oder einen Notar, im Ausland durch eine amtliche deutsche Vertretung beglaubigt werden.

## Politische Rundschau.

**Berlin, 9. Dezember 1921.**

Um 15. Dezember wird im Herrenhaus eine politische Auseinandersetzung der gefestigten deutschen Landesstände, um zu dem Reparationsproblem und zu der Kreditaktion Stellung zu nehmen.

Die Bergarbeiterverbände des Ruhrbezirks haben den erst im vorigen Monat geschlossenen Wahlkampf zu Ende Dezember bereits wieder geändert.

General Le Mond hat sich von Oppeln nach Paris begeben.

Die Interalliierte Rheinlandkommission verbietet die Überführung des verhafteten Sonderbündlers Smeets in das unbefestigte Gebiet.

**Gegen die Verstärkungsmaßnahmen Nollets** wendet sich eine Entschließung des zuletzt in Leipzig tagenden ersten Reichstagessesses der Betriebsräte der Metallindustrie. In der Entschließung heißt es u. a.: „Der Kongress fühlt sich einig mit den Betriebsräten der Deutschen Werke wie anderen Betrieben, die auf schärfste darüber machen, daß diejenigen Friedensbedingungen strikt befolgt werden, die verlangen, kleinere Gegenstände zu produzieren, die für Kriegsbedarf in Frage kommen. Der Kongress muß jedoch aufs entschieden protestieren gegen Forderungen der Interalliierten Kontrollkommission, die nicht die Verhinderung einer Auffertigung weiteren Kriegsmaterials erzielen, sondern folgenschwere, unberechtigte Eingriffe in die Produktion der deutschen Wirtschaft darstellen und gleichzeitig in ihren Wirkungen die deutschen Arbeiter ernstlich schädigen. Dies trifft insbesondere zu auf das Verbot des Baues schnell laufender Dieselmotoren, die der Friedensindustrie dienen sollen, und die Forderung weiterer Verstärkung von Maschinen, Einrichtungen und Gebäuden der Deutschen Werke, die für die Erzeugung von Friedenswaren im Vertrag kommen. Das Interesse der Arbeiter erfordert dringend, daß diese unberechtigten Verbote und Forderungen aufgehoben werden.“

**Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.** Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für den 14. Dezember einberufen worden. Dem Reichskanzler wird es bis zu diesem Zeitpunkt vielleicht möglich sein, über die schwierigen politischen Fragen sich in bestimmter Form zu äußern.

**Ein deutsch-portugiesisches Abkommen** ist nach längeren Verhandlungen aufgestanden, durch das Portugal den deutschen Waren mit sofortiger Wirkung die Meistbegünstigung zunächst für ein Jahr zusichert. Die portugiesische Regierung hat sich weiterhin verpflichtet, als bald eine Verordnung zu erlassen, nach welcher die deutschen Staatsangehörigen in Zukunft in Portugal und seinen Kolonien die gleiche Behandlung genießen werden, wie die Angehörigen aller anderen Länder; sie hat fernerhin zugesagt, die bisher noch in Kraft befindliche Kriegsgesetzgebung gegen Deutsche aufzuheben.

**Annahme der vierfachen Biersteuer-Erhöhung.** Der Reichstagsausschuss für Verbrauchssteuern bewilligte die von der Reichsregierung vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuer auf das Bierjahr der bisherigen Biersteuer. Angenommen wurden ferner ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die Steuerfänge für Einschädlere mit einem Stammwürzegehalt bis 5,5 von Hundert um die Hälfte ermäßigt werden, für Bier mit einem Stammwürzegehalt von 8 bis 9 v. H. um ein Biereltern ermäßigt, für Starkbier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 13 v. H. um die Hälfte erhöht werden. Endlich dürfen mit Inkrafttreten dieses Gesetzes Abgaben von Bier für Nutzung von Gemeinden nicht mehr erhoben werden. Das Reich hat zehn vom Hundert seiner Einnahmen aus der Biersteuer an die Gemeinden abzuführen. — Der Reichstagsausschuss für das Branntweinmonopol hat sich der Ansicht der Regierung angeschlossen, wonach das Branntweinmonopol auch die Bewertung von Branntwein und den Branntweinhandel umfaßt.

**Der Stand der Entwaffnung.** Der Reichstreuhändergesellschaft sind bis zum 1. Oktober d. J. an Kriegsgerät zur Versteigerung übergeben worden: Gewehre und Karabiner 5 885 000, Maschinengewehre 102 867, Minenwerfer und Rohre von solchen 28 340 Geschütze und Rohre von solchen 53 900, Lafette 27 640, schwere Artilleriegeschosse und Minen 87 400 000, schwere Hand-, Gewehr- und Wurfsgranaten 15 100 000, schwere Bänder 58 000 000, Handwaffenmunition 440 000 000. Außerdem sind 14 009 Flugzeuge und 27 895 Flugzeugmotoren den Gegnern ausgeliefert worden. — Ob die Franzosen nun immer noch behaupten wollen, daß die unter der Kontrolle der Interalliierten Kommissionen und auf Grund des Friedensvertrages vollzogene Entwaffnung Deutschlands nur eine scheinbare sei?

**Nad Oberschlesien.** Das Preußische Staatsministerium hat den kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien und gleichzeitigen Regierungspräsidenten in Oppeln, Herrn Bitto, unter Beauftragung in seinem Namen als kommissarischen Oberpräsidenten von den Geschäften des Regierungspräsidenten entbunden und den seitherigen Landrat des Kreises Lublin, Herrn Geheimen Regierungsrat Drauweiser, kommissarisch zum Präsidenten der Regierung in Oppeln bestellt.

**Aufruf des polnischen Komitees in Oberschlesien.** Das polnische Komitee für Oberschlesien erklärt einen

Aufruf, in dem für den deutsch bleibenden Teil Oberschlesiens die bündestaatliche Autonomie als „einzige wirkliche Garantie“ für die Gleichberechtigung der polnischen Bürger mit den deutschen gefordert wird. Am übrigen wird in dem Aufruf mit der Wahrheit ziemlich willkürlich umgesprungen. So heißt es dort u. a., infolge der Abzweigung von über einer Million Menschen, in der Hauptstadt Polens, vom bisherigen Oberstufen, hätten die Polen die überwiegende Mehrheit in Oberschlesien, die sie gehabt hätten (?), im Laufe verloren und bilden jetzt nur noch eine mit den Deutschen gleiche (?) Anzahl von Menschen. Tatsächlich ist nach einer im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ schon veröffentlichten Übersicht des Statistischen Landesamtes in den an Deutschland fallenden Gebieten eine bedeutend kleinere polnische Minderheit als umgekehrt. Während 225 457 deutsche Stimmen an Polen fallen bei 284 048 polnischen Stimmen, ist das Verhältnis der deutschen zu den polnischen Stimmen im deutschen Teil 481 936 zu 195 317. Diese Tatsachen werden in dem polnischen Aufruf einfach auf den Kopf gestellt. Echte polnisch!

**Ein politisches Werk Wilhelms II.** Der Delphinger Verlag Kocher veröffentlicht ein Werk, das Wilhelm II. zum Verfasser hat. Es handelt sich um die sogenannten „Geschichtstabellen“ des „schwarzen Kaisers“. Die übersichtlich zusammengestellten, streng geschichtlichen Tatsachen sollen, wie es in dem Vorwort steht, den Leser in die Lage versetzen, über die politische Weltlage seit dem Berliner Kongress 1878 und über die Vorgeschichte des großen Krieges sich ein eigenes Urteil zu bilden. Für die historische Forschung bringt das Werk insofern beachtliches, als der Kaiser auf Grund seiner persönlichen Kenntnis einiges, bisher sonst nicht bekanntes Material beibringt. So z. B. über die Entsendung des damaligen Prinzen Wilhelm 1886 nach Preß-Potow, Kaiser Alexander III. Abreise gegen die französische Republik, Angriffsabsichten Nikolaus II. gegen Japan bereits im Jahre 1901, König Edwards Absichten bei dem Besuch in Tschiu, über die der Kaiser von Kaiser Franz Joseph selbst unterrichtet worden ist u. a. m.

**Die Flucht des Oberleutnants Boldt.** In der Hamburger Bürgerschaft kam es bei der Besprechung einer Interpellation der Unabhängigen über die Flucht des Oberleutnants Boldt, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt ist, zu lebhaften Auseinandersetzungen sämtlicher Parteien mit den Kommunisten. Der Gefangenendirektor Koch (Mitglied der Bürgerschaft) erklärte in der Debatte, daß Boldt ihm sein ausdrückliches Ehrenwort, nicht zu fliehen, nicht gegeben habe.

**Die Verhaftung Smeets.** Die Rheinlandkommission hat auf Anordnung Briands unverzüglich beschlossen, die Fortführung des von der deutschen Regierung verhafteten Führers der rheinischen Sonderbündlers Smeets aus dem Rheinland ins unbefestigte Gebiet zu untersagen. Sie hat außerdem die zuständigen deutschen Behörden aufgefordert, ihn in fürgestalter Form genaue Nachrichten über die Gründe und die näheren Umstände der Verhaftung zugehen zu lassen.

**Gehaltsforderungen der Bergarbeiter.**

**Berlin, 8. Dezember.** In den nächsten Tagen beginnen im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen mit den Bergarbeitern über die von Ihnen auf Grund der Teuerung gestellten neuen Gehaltsforderungen.

**Gefährliche Ortsstufen.**

**Berlin, 8. Dezember.** Die Landräte sind von zuständiger Stelle ersucht worden, sofort dafür zu sorgen, daß die in ihren Kreisen angebrachten Ortsstufen, die mit der Bezeichnung des zuständigen Bezirkssoldados, Hauptmeideams und des Bezirkselfeldwebels versehen sind, beseitigt werden. Die interalliierte Kontrollkommission wird durch die alten militärischen Bezeichnungen mißtrauisch gemacht. Am ersten Januar 1922 müssen sämtliche militärischen Bezeichnungen auf den Ortsstufen gestrichen sein.

**Holz für die Entente.**

**Berlin, 8. Dezember.** Demnächst soll die Lieferung der zweiten Rate Holz (Telegraphenstangen, Schnitt- und Rundholz) an Belgien und Frankreich im Rahmen der Wiedergutmachungsleistungen beginnen. Es handelt sich um etwa 3800 Eisenbahnwagenladungen, die hauptsächlich in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Sachsen, Thüringen, Harz und Bayern aufzubringen sind.

**Amerika verlangt Zahlung.**

**Washington, 8. Dezember.** In seinem Jahresbericht erklärte Staatssekretär Mellon über die Rückzahlung der Schulden der Alliierten, daß alle Empfehlungen, die bisher in dieser Frage gemacht wurden, die Wiederaufnahme des internationalen Handels und der Kreditoperationen auf den Weltmärkten sehr ungünstig machen. Bei der gegenwärtigen Weltmarktsituation sei die Rückzahlung dieser Schulden unabdinglich notwendig. Man müsse endgültige Abmachungen treffen, damit sowohl die zuständigen Binsen, wie auch die Kapitalien selbst zurückgezahlt würden.

## Rundschau im Auslande.

**Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, daß die Abstimmung in Oedenburg spätestens am 18. Dezember stattfinden solle.**

**Die österreichische Wirtschaftskommission ist ein Wirtschaftsstaat.** Am geschlossen worden.

**Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Briand haben sich 44 Senatoren der Stimme enthalten.**

**Der italienischen Regierung wurde in der Kammer das Vertrauen ausgesprochen.**

**Bei den Parlamentswahlen in Kanada sind nicht weniger als acht Minister, darunter auch der Premierminister, nicht wiedergewählt worden.**

\*

**England: Der englisch-irische Friede.**

**Die englische Presse sieht den Abschluß des englisch-irischen Abkommens als einen großen Sieg der Versöhnungspolitik Lloyd Georges und bezeichnet diese Regelung**



**Weihenreit.** 1/2 Uhr Beichte und Abendmahlfeier. **Vater** **Borwert.** 9 Uhr Predigtgottesdienst. **Pfarrer Raber.** 2 Uhr Taufgottesdienst. **Pfarrer Borwert.** 5 Uhr Abendmahlgottesdienst.  
**Pfarrer Borwert.** 10 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahl in der Schule zu Obercaldorf. 2 Uhr Abendmahl und Abendmahl in Niedercaldorf (Villa Ida).  
**Schellerhan.** 9 Uhr Predigtgottesdienst, anschließend Abendmahl (Kirche geöffnet) 5 Uhr Abends-Andacht im Pfarrhaus.  
**Schneideberg.** 9 Uhr liturgische Adventsandacht mit Auskunftsrede über P. Gerhardus Siebold. „Wie soll ich dich empfangen?“ Pfarrer Friedrich. (Kirche geöffnet) 2 Uhr Taufgottesdienst. 5 Uhr Abendmahlgottesdienst. Pfarrer Friedeck.  
**Selßendorf.** 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11/12 Uhr Unterweisung mit den konfirmierten männlichen und weiblichen Jugend. 3 Uhr Abendmahlsgottesdienst. Pfarrer Seifert-Döbel.  
**Söpftfeld.** 9 Uhr Predigtgottesdienst.  
**Neißstädt.** 9 Uhr Predigtgottesdienst (abgekürzt), im Anschluss daran 11/12 Uhr Abendmahlfeier.  
**Reinhardtsgrima.** 9 Uhr Predigtgottesdienst mit heiliger Abendmahlfeier.  
**Ruppendorf.** 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11/12 Uhr Abendgottesdienst.

**Kapellengemeinde Schneideberg.** (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9/10 Uhr Gottesdienst. 10/11 Uhr Sonntagschule. 4/5 Uhr Gottesdienst. Jeden Donnerstag 7/8 Uhr Bibelstunde.

**Weiter - Aussichten.**

- 11. Dez.: Wolken mit Sonne, milde.
- 12. Dez.: Wenig verändert, nachts kalt.
- 13. Dez.: Veränderlich, nachhalt.
- 14. Dez.: Wolken, teils bedeckt. Niederschläge, ziemlich milde.
- 15. Dez.: Geringe Veränderung, windig.
- 16. Dez.: Wolken, Sonne, milde, windig, strichweise Niederschlag, teils stürmisches.
- 17. Dez.: Wenig verändert.

### Gesellschaft Harmonie.

Das gesellige Beisammensein am Sonntag, 11. Dezember, findet nicht im „Seeblick“, sondern im Hotel „Stadt Dresden“ statt.

### Genießenzüchterverein Dippoldiswalde

Wegen der Dresdner Schau findet die Versammlung erst den 17. d. M. im Gambrinus statt. Der Vorstand.

### Militärverein Reinhardschau und Umgegend.

Sonntag den 11. Dezember nachmittags 4 Uhr

**Hauptversammlung**  
im Vereinszimmer.  
Zahlreichen Besuch erhofft der Vorstand.

### Frauen-Verein Bärenfels n. N.

Sonntag abend 1/2 Uhr  
**Versammlung**  
in der Schäfermühle.

### Hebammentore.

Infolge der längst zunehmenden Zerstörung hat das Ministerium des Innern die Mindestlizenzen für eine Entbindung auf 250 Mark angehoben.

**F. Hessel,**  
Herrngasse 127, II.

### Stroh

kauft  
Karl Oppelt, Dippoldiswalde,  
Telephon 162.

**Häcksel** { en gros  
en detail

### Junger Wolfshund auf den Namen „Wolf“ hörend, entlaufen. Nachricht erbeten an Bergfried, Tal Bärenburg.

### ! Weihnachts-Geschenk! ! Großes, 6-teiliges Lexikon

zu verkaufen.  
Räheres in der Geschäftsstelle.

### Häute und Felle

kauf zu höchsten Preisen  
Bernh. Arnold,  
Vogelberet, Federplag.

### Gelb. Federfett zum Waffeldichtmachen von Schuhwerk empfiehlt in hervor- ragender Qualität

**Witz Arnold,**  
gegenüber der Post.

### Dreschmaschinen- Öel

owie sämtliche  
Motoren-, Maschinen-Öle usw.  
wie auch alle anderen einschlügigen  
Kritzel empfiehlt L. bekannter Güte

**Hermann Kammisch.**  
Drogerie zum Elefanten,  
Dippoldiswalde.

Bettzeug,  
Betttücher,  
Schürzenleinen,  
Bartchen,  
Handtücher,  
Tischentücher,  
Blinderianell usw.

Seine Qualitäten! Röhige Preise!  
**F. Hessel,**  
Herrngasse 127, II.

**Stroh**  
kauft

Karl Oppelt, Dippoldiswalde,  
Telephon 162.

**Häcksel** { en gros  
en detail

**Reh**

Große Auswahl in Zigarren  
von 10 Stäbchen an — Tabak und Zigaretten

10 Stäbchen an



sicher und so nutzbringend wie möglich anlegt. Es ist aber ein großer Irrtum zu glauben, Kursgewinne könnten unbedenklich ausgebraucht werden. Ein Gewinn ist erst erzielt, nicht wenn er im Kurszettel zu lesen ist, sondern wenn das Papier zu dem erhöhten Kurs auch wirklich verkauft ist. Ist aber einmal das Papier verkauft, so ist natürlich eine weitere Gewinnaussicht abgeschnitten. Innerhalb des Monats November ist die Indexziffer für gewisse Dinge des lebensnotwendigen Verbrauchs von 1146 auf 1397, also etwa um 22 Prozent gestiegen. Es ist ein gefährlicher Irrtum, der sich leider in weiten Kreisen des Publikums festgesetzt hat, daß man in Beeten der Steuerung durch Hörsenspiel, Wettwetten usw. sichere und gleichmäßige Rücksüsse erwerben könnte. Auf der Wörfe ist die Mehrzahl des Publikums wie das Kind auf dem Glattels; sie werden fast unvermeidlich einmal zu Fall kommen. In Beeten der Steuerung, wo es nicht gelingt, die Arbeitseinkünfte entsprechend zu steigern, gibt es nur ein wirksames Hilfsmittel: äußerste Sparsamkeit und Beschränkung auf das Allernotwendigste.

## Eine Anklage aus Amerika.

Der Deutsche neigt nur allzu leicht zu dem Glauben, daß Amerika zwar gehoßen hat, Deutschland zu besiegen, daß jetzt aber alles Uebel vergessen sei, und „drüber“ eitel Liebe und Freundschaft uns gegenüber herrsche. Dies ist ein verhängnisvoller Irrtum.

Henry F. Urban (Newyork) zeigt in einem Aufsatz im „Berl. Vol.-Ans.“ vom 4. Dezember mit erschütternder Deutlichkeit, wie furchtbar unter dem Artikel 231 des Versailler Vertrages auch unsere Stammmesgenossen in den Vereinigten Staaten von Amerika zu leiden haben. Seine Worte kann man nur mit der gleichen Bitterkeit lesen, mit der sie geschrieben sind, und die jeder Deutsche-Amerikaner empfinden muß. Man bedenke: Die eigene Regierung hatte bei Abschluß des deutsch-amerikanischen Vertrages die beste Gelegenheit, einen entscheidenden Vorstoß gegen das Eigengebäude unserer Kriegsschuld zu machen und hat diese Gelegenheit ungenuß vorübergehen lassen! Da hilft kein Deutscher und seine juristische Spitzfindigkeit; der Artikel 231 ist auch im deutsch-amerikanischen Friedensvertrag mit derselben für Deutschland, für seinen Ruf, seine Ehre, und sein Dasein widerdeutschen Stärke enthalten wie im Versailler Vertrag. Die Erklärungsversuche aus Berlin, daß „ein Wort über die Schuldfrage gesprochen worden sei“, erregten unter den Deutsch-Amerikanern ein bitter-grausames Gelächter. In der Presse und im Publikum nimmt in den Vereinigten Staaten die Heze gegen das Deutschland ungehindert seinen Fortgang. Dies ist ja auch folgerichtig, denn von neuem hat nach Auffassung des Amerikaners die deutsche Regierung durch ihre Unterschrift klar und deutlich ihr Schuldbekenntnis über die Ursachen am Kriege abgegeben. Gütgläubig und böswillig werden in Amerika alle Konsequenzen daraus gezogen. Hierfür folgende Illustrationen:

Eingewanderte Deutsche, die amerikanische Bürger werden wollen, werden von den Richtern unter höhnischer Besiedlung zurückschlagen; in dem von zahllosen Amerikanern bewohnten Brooklyn zogen Soldaten mit einer Kanone durch die Straßen mit der Inschrift: „Das ist eine Kanone, die Hunnen tötete!“ Amerikanische Schul Kinder machen den Kindern von Wien, Budapest und auf dem Balkan Weihnachtsgeschenke — die deutschen Kinder gehen leer ans. Bei den Besetzungen der nach Amerika überschiften amerikanischen Gefallenen werden von den Geistlichen aufreizende Reden gehalten gegen das Mördervolk der Hunnen. Harding, der Herr Präsident selbst, erwähnt bei jeder möglichen Gelegenheit immer von neuem den Vorwurf von Deutschlands Schuld am Weltkriege.

Ein Notschrei ist es, den H. F. Urban von drüben zu uns herüberbrachte, eine schwere Anklage gleichzeitig. Soll der Ausland deutsche länger noch leiden, unter des deutschen Volkes Gleichgültigkeit, die es, Gott sei's geflagt, in weiten Kreisen seinen Lebensinteressen gegenüber zeigt?

Wir dulden unsere Stammmesbrüder drüben nicht im Stich lassen. Es ist höchste Zeit, daß das deutsche Volk in geschlossener Front angeht gegen den Schandvertrag. Ein Fundament, der Artikel 231, die Schuldfrage, muß gestürzt werden, dann wird der ganze Bau in sich zusammenbrechen. Jeder Deutsche, der jetzt noch teilnahmslos an dieser Frage vorübergeht, begeht ein Verbrechen an seinem Volke und an seinen Kindern.

## Ein Revisionsvorschlag.

Eine gewichtige Stimme aus dem Lager der Entente hat sich für das geplante Mitteleuropa erhoben. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti legt in einem ganz ausgezeichneten Buch mit dem Titel: „Das friedlose Europa“ die jetzigen jammerhaften Verhältnisse Mittel-Europas, vor allem Deutschlands, und auch die Ursachen dar, die dahin geführt haben. Er geht dabei von der Grundanschauung aus, daß Österreich, Deutschland, Italien und Frankreich nicht an sich verschiedenartige Erscheinungen, sondern verschiedene Erscheinungsformen derselben Gedanken sind. Ganz klar formuliert er, daß ganz Europa in Trümmern gehen wird, wenn man nicht endlich das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herstellt. „Europa wartet angstvoll auf den Frieden, den man noch nicht geschlossen hat.“

Nitti gibt nicht nur eine negierende Kritik, sondern er macht auch eine Reihe positiver Vorschläge, mit welchen er die Wirtschaftsweise zu beseitigen gedenkt. Er fordert vor allem die Revision sämtlicher Friedensverträge, die ja die Grundlage aller Verträge — abgesehen vom Kriege — sind. Er fordert seiner Abschaffung der Reparationskommission und Zulassung aller befreiten Völker zum Bündnis. Er will also nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Einheit Europa's wieder herstellen: dann er sagt es ganz deutlich, daß die besiegen Völker die Sieger mit in den Krieg hineinziehen, an dem ja die Sieger durch ihre Haßstarrigkeit mit Schuld sind. Ganz besonders breiten Raum nehmen seine wirtschaftlichen Vorschläge ein. Das Bernhardtische ist ihm, alle gegen seitigen Schulden zu streichen. Da das aber niemand wird ausüben wollen, so sollten wenigstens die Schulden der Ent-

tente und die von den untersegenen Ländern geschuldeten Entschädigungen genau und in einem erträglichen Maße festgestellt werden. Es müssen aus Deutschland alle Besatzungstruppen zurückgezogen werden, und die unruhigen und kampfwilligen Kontrollmaßnahmen müssen aufgehoben. Die Entschädigung, die Deutschland zu zahlen habe, dürfe 60 Milliarden Franken nicht übersteigen, wovon der dritte Teil bereits als bezahlt zu gelten hätte. Das zweite Drittel wäre in Leistungen zu bezahlen, und das letzte Drittel, wenn es noch gezahlt werden müßte, sollte auf die Schulden verteilt werden, welche die Entente-Länder unter sich gemacht haben.

Wenn auch immer noch ein Teil dieser Vorschläge unerfüllbar ist, so werden die unerhörten Bedingungen des Versailler Vertrages bei Mitti doch schon auf ein diskutables Maß zurückgeführt. Vielleicht ist Mittis Buch ein Leichen, daß man endlich auch im romanischen Teil der Entente einsteht, daß der Versailler Friedensvertrag sich nicht länger aufrecht erhalten läßt, zumal da auch Mitti die Kriegsschuld durchaus nicht Deutschland, sondern vor allem Russland zuschreibt.

## Wer leiht Deutschland Geld?

Manche Dinge kann man nur verstehen, wenn man die Kniffe und Schläge der modernen Diplomatie kennt. So war es manchen Deutschen unverständlich, daß mittlerne in die Verhandlungen über eine Deutschland zu gewohrende Stundung der Zahlungen eine Note der Reparationskommission hineinplaziert, in welcher die volle Erlegung der Mitte Januar und Mitte Februar fälligen Staten gesordert wird. Neben den Londoner Beratungen liegt noch immer ein undurchdringlicher Nebel. Der frühere deutsche Außenminister Dr. Rathenau hat in seinen Besprechungen mit Londoner Bankiers und mit dem Schatzsekretär Sir Robert Horne ein vier- bis fünfjähriges Moratorium (Zahlungsaufschub) gefordert, während die englischen Vertreter nur höchstens zwei bis drei Jahre bewilligen wollen. Es scheint, als ob England in der Reparationsfrage der Vorfahre oder anderer Verbandsmächte mit Ausnahme Frankreichs ist. In Paris spricht man von der „gesährlichsten Offensive“, die seit Jahren von England gegenüber Frankreich durchgeführt werde. Immerhin hat der aus Washington zurückgekehrte Herr Briand grundsätzlich die Notwendigkeit eines Zahlungsaufschubs für Deutschland anerkannt. Die große Frage ist nur die, ob sich jemand bereit findet, dem Deutschen Reich Milliardenbeträge zu leihen! Dr. Wirth hat in seiner Rede vom 4. Dezember vor Berliner Pressevertretern sehr mit Recht betont, daß es von den ausländischen Geldgebern abhänge, ob Deutschland seine Verpflichtungen in den nächsten Monaten erfüllen könne. Die Londoner Bankiers weigern sich, dem Deutschen Reich Geld zu leihen. Die Anlage II zu Teil VIII des Versailler Vertrages bestimmt nämlich im Paragraphen 12 unter b), daß alle Einkünfte Deutschlands vorgezugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden sollen. Da nun besteht, daß das Londoner Reparationsprogramm vom 5. Mai 1921 unerfüllbar ist, würden ausländische Geldgeber Gefahr laufen, in ihren Ansprüchen hinter die lehne noch austehende Goldmark der Reparationszahlungen gefestigt zu werden. Das bedeutet praktisch natürlich die Gefahr, daß die Geldgeber die geleisteten Summen niemals wieder erhalten würden. Dagegen besteht in London eine gewisse Neigung, gegen gute Sicherungen der deutschen Industrie, den Bantien und der Landwirtschaft größere Beträge zu leihen. Allerdings kann das Reich, wie jede öffentliche Organisation, umfangreiche Summen nur durch Besteuerung der Wirtschaft aufbringen. Die obengenannte Bestimmung des Versailler Vertrages bedroht also auch die deutsche Wirtschaft mit unerträglichen Lasten. Man kann es daher den ausländischen Geldgebern nicht verbieten, wenn sie Sicherheit dafür zu erhalten wünschen, daß bei der Gewährung großer Kredite die Binsen und die Kurzfristzahlung des Kapitals in erster Linie, d. h. vor weiteren Anstrengungen der Reparationsmächte befriedigt werden. Wie Mühe und viel Kopfschrecken wird die Frage beanspruchen, ob bei der Milderung der von Deutschland zufordernden Zahlungen die Mehrheit unserer Gläubiger den Anschlag geben soll, oder ob hierzu Einigung erforderlich ist. Die schwedischen englisch-französischen Verhandlungen werden hierüber Klarheit schaffen. Bis dahin ist jeder Optimismus verfrüht und daher unangebracht.

## Schloß Tamerow.

(35. Fortsetzung)

„Wir haben die nötigsten Stücke für die Wohnungsseinrichtung beschafft und dem Bräutigam einen Anzug machen lassen. Außerdem werden wir die Kosten der Hochzeit übernehmen,“ hatte er mit innerer Genugtuung erwidert. Eine Weile war es hierauf recht still gewesen, bis der Baron in ungnädigem Tone sagte: „Und für sich stellt diese Hilfsbereitschaft einem Beamten ein ehrendes Zeugnis aus. Aber ich hätte eigentlich erwartet, daß man solchen Schritt nicht eher begann, bis ich als Gutsbesitzer selbst dazu Stellung genommen hätte. Ihnen, Herr Kohlrausch, hätte es vorgelegen, mir von den Absichten der Beamten zu unterrichten.“

„Ich habe nicht annehmen können, Herr Baron, daß Sie geneigt sein würden, für Ihren Kutscher eine Hochzeitsgesellschaft zu stifteten, nachdem Sie ihm den erbetenen Vorschuß verweigerten.“

„Vorschuß gebe ich nicht. Führe so etwas nicht ein! Liederliche Wirtschaft!“ schnarrte jener, „ist aber ganz unabhängig von etwaiger Schenkung. Werde mit's überlegen, ob es angebracht ist, noch nachträglich — hm. — Aber was ist deine Meinung, Agnes?“

Agnes warf dem Inspektor einen vorwurfsvollen Blick zu, der diesem aber nicht sonderlich naheging.

„Wir können ja unterwegs darüber sprechen, Papa!“ gab sie zur Antwort.

„Herr Baron,“ hub Kohlrausch nun an, „ich glaube, es würde einen vorsätzlichen Eindruck bei den Leuten machen, wenn Sie dem kleinen Fest durch Ihren Besuch besondere Weihe geben möchten. Auf den meisten Wütern ist das ohnehin Brauch. Selbst der Graf Medern auf Sadruschen hält es nicht für unter seiner Würde, mit der jedermann Brauch einen Kundgang auszuführen.“

„Hahaha! Hahaha!“ lachte der Baron wirklich ergrüßt bei der Vorstellung, er solle eine gewöhnliche Gutsdame in seine feierlichen Arme nehmen und im Gutstruge herumwalzen. Auch Agnes kläpfte die Räse und verzog hochmütig die Lippen.

„Nee, Kohlrausch, das ist denn doch ein bißchen „Starker Tabak“, wie die Spießbürgers sagen. Will so was lange ich auf meine alten Tage nicht mehr an. Nach Popularität hasche ich nicht. Ich frag' den Teivel danach, was die Leute von mir denken, oder welche Gesinnung sie der Gutsbesitz entgegenbringen. Ich bin nicht abhängig von ihnen, sondern sie sind abhängig von mir. Ich ernähre die Leute, nicht die Leute mich. Können glücklich sein, daß ich ihnen Brot gebe, gescheide ihnen noch besondere Ehre antun.“

Kohlrausch zwinterte mit den Augen ermunternd zu Agnes hinüber, worauf diese endlich sagte: „Tschö du dich dort für einige Minuten zeigst, Papa, könnte schließlich nichts schaden. Tanzen braucht du ja nicht.“

„So? Also du meinst, man vergibt sich dabei nichts? Tu hast keine Bedenken? Oh! Will's mir überlegen. Vielleicht halten wir bei unserer Rückkehr vom Krug an und steigen ab.“

„Es würde vielleicht schon dieselbe Wirkung tun, wenn sich die gnädige Baroness zu einem Tanz herbeile, falls Sie selbst keine Regung dazu verspüren.“ meinte Kohlrausch, beharrlich sein Ziel verfolgend.

Agnes errötete vor Unwillen. Jetzt sah sie erst wo hinzu ihr „Lebensretter“ wollte.

„Nun, werden sehen, werden sehen,“ beendete der Baron das Gespräch.

Gleich danach wurde die Tasel aufgehoben, und eine Stunde später entführte die wappengeschmückte Kutsche, von dem alten Andreas geleitet, die beiden Schloßinsassen zur Kreisstadt.

Der Dorfring bot heute einen festlichen Anblick. Der Wirt hatte es sich nicht nehmen lassen, rings um die Türe einzufassen ein Gewinde aus Immervgrün, Pionen und Astern anzubringen, um auch jedem Uneinheimischen Lund zu tun, doch in diesen Räumen sich heute ein Ereignis abspielen würde, und zwar ein freudiges.

Bald nach Mittag waren vier Dorfmusikanten durch die Tür eingezogen. Sie legten ihre Instrumente beiseite und ließen es sich bei Kartenspiel und einem bereitwillig freudenreichen Freizeitwohl sein. Wer von den Törlern irgend abhängig war, strebte dem Krug zu, teils um selbst eine kleine Stärkung zu sich zu nehmen, teils um als Zuschauer auf und ab zu promenieren.

Der kleine Saal stand hart an der Dorfstraße und ließ sich von außen gut überblicken. Er hatte durch Tannenzweige einen festlichen Aufzug erhalten. Trauhsen entstand unter den Zuschauern eine Bewegung. Man hörte die Worte rufen: Sie kommen! Das Brautpaar, das noch der Trauungszeremonie zum erstenmal als Mann und Frau das eigene Haus aufgesucht hatte, um sich von den in der Kirche empfangenen Einbrüden zu erholen, erschien jetzt, die Augen zu Boden geschlagen, mit den Verwandten und Gästen zum Hochzeitstisch. Mit ihren vom Glück verklärten Gesichtern machten sie beide einen durchaus vortrefflichen Eindruck.

Lehrer Freilau gab dem Krugwirt das Rechten zum Aufräumen. Er übernahm es auch, der Hochzeitsgesellschaft die Plätze anzzuweisen. Währenddessen erschien der Rechnungsführer Raupach mit dem Unterinspektor Hinze, welche die Mittelstellung überbrachten, daß der Baron mit Tochter soeben abgefahren seien.

Johann, der Tinner, der auf Verreiben der Braut in dankbare Anerkennung seiner Verdienste um die Zustände gesommene Helrat auch eine Einladung erhalten hatte, konnte dieser jetzt tatsächlich nachkommen, da er durch die Abwesenheit des Barons Dienstfrei geworden war. Mit abgemessenen Bewegungen, die einer gewissen Grazie nicht entbehren, näherte er sich der Hochzeitsgesellschaft und begrüßte die Respektspersonen mit devotem Anstand, worauf er sich an der Tasel großmütig niedersetzte und durch sein Erscheinen als Vertreter der Schloßherrschaft dem Hause Böblau und Cie. eine ganz besondere Ehre zuteil geworden sei.

Als letzter Gast trat Kohlrausch ein. Er brachte eine vorsichtige Stimmung mit, die sich auch bald auf die anderen Gäste verpflanzte, namentlich auf die Gutsbesitzer.

Wesche und seine Frau, Ottile, die Magd und Christian, der Haussnicht — alle beteiligten sich am Aufräumen der warmen Speisen. Trauhsen drückten sich die Törlser ihre Nasen an den Fensterscheiben platt. So etwas hatten sie doch so bald noch nicht gesehen: die ganzen Gutsbeamten als Gäste bei der Hochzeit eines einfachen Kutschers. Das mußte seine eindrucksvolle Grinde haben! Ob nicht das die Ehe hinter nachkommen würde, meinte dieser oder jener. — Ob nicht der Schloßherr mit einem Tonnerweiter dreifahren werde, wenn er davon erfährt, meinte ein anderer. — Ob nicht die junge Frau Beziehungen gehabt haben könnte zu den Inspektoren, mutmaßte eine dritte Gruppe. — Ob nicht zwischen der jungen Aufsichtsfrau und der Baroness irgend ein Geheimnis bestehen möchte, wisperte es in einem eng zusammenstehenden vierten Häuslein, weil die Baroness sich einer Heirat erst widergesetzt habe und Marie die Genehmigung erst erteilt worden sei, nachdem eine erneute Aussprache zwischen beiden erfolgt war, über welche Marie absolutes Stillschweigen bewahrt hatte. Man war sich darüber einig, daß irgend etwas an dem auffallenden Geboten nicht richtig sein müsse.

Kohlrausch, der erst unlängst an der Mittagstafel im Schloß teilgenommen hatte, nippte anstandslos hier und da von einem Teller, hielt sich aber im Übrigen an die Getränke und brachte in launiger rede den ersten Trinkspruch auf das neuvermählte Paar aus. (Fortsetzung folgt.)

## Spar- und Girokasse Dippoldiswalde.

Geschäftstags: Montags bis Freitags vormittags von 8-9 bis 1 Uhr, nachmittags von 2-3 Uhr, Sonntags von 8-9 bis 1 Uhr.

Gemeindeverbands-Spar- und Girokasse Schmölln. Expeditionszeit: Montags bis Freitags vormittags 8-1 und nachmittags 3-4 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.